Bundeshauptstadt 2025 – Keine Sicherheit ohne globale Gerechtigkeit

Liebe Leser innen,

in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die Ausgaben für die EZ ist das 2025 erstmal deutlich Entwarnung. Wobei der Bundeshaushalt so ausgestaltet war, dass er zwar Kürzungen vorsah, aber eben nicht so drastisch wie befürchtet. Und das Ganze ist noch nicht in Stein gemeißelt, denn im Oktober 2025 soll der Haushaltsentwurf für 2026 verabschiedet werden und dann wird es noch 11 Monate dauern, bis er tatsächlich in Kraft tritt.

Was aber bleibt, ist die Tatsache, dass die Bundesregierung weiterhin die geplanten Kürzungen massiv gerechtfertigt hat. Es wird weiterhin von einer „Zeitenwende" gesprochen, die eben eine Neuausrichtung der Entwicklungspolitik erfordert. Es wird weiterhin von einer „Sicherheitsarchitektur" gesprochen, die Bundeswehr wird in Verteidigung und Sicherheitsarchitektur investiert und die Entwicklungszusammenarbeit muss sich dem unterordnen.

In unserem Kontext zur Bundeshauptstadt ergeben sich, wie weiterhin bei der Bundesregierung, Fragezeichen bei der Ausrichtung der Politik. Auch hier ist der Ansatz der Sicherheit ein wichtiger Ansatz für die Entwicklungspolitik! Die Gründe liegen auf der Hand: Die Bundeshauptstadt ist Sitz der Bundesregierung, Sitz der Botschaften und Sitz der Zivilgesellschaft. Und gerade die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Partner für die Entwicklungspolitik.

Herzliche Grüße

Ana Marques
Geschäftsführer

¿Qué gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit ist eine strategische Investition?

Können wir uns eine Entwicklungspolitik leisten, die nicht prio. die wirt. auf Partnerschaften setzt? Die Bundesregierung hat Kürzungen angekündigt und die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) 2026 deutlich reduziert. Dies wird Auswirkungen auf die Partnerschaften haben. Wir haben uns gefragt, welche Partnerschaften wir uns in Zukunft noch leisten können und welche wir uns nicht leisten können. Wir haben Partnerschaften mit Akteuren aus Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Zivilgesellschaft diskutiert und haben Ideen gesammelt, wie wir Partnerschaften zukunftsfähig gestalten.

Zur Veranstaltung

Bundeshauptstadtbericht 2025

Die Bundeshauptstadt 2025 – Keine Sicherheit ohne globale Gerechtigkeit – Was bedeutet das für die Entwicklungszusammenarbeit? Die Bilanz für humanitäre Hilfe, die EU-Präsidentschaft und die Zivilgesellschaft. Wie können wir Partnerschaften zukunftsfähig gestalten? Am 9. Juli 2025 ist Bundeskanzler Friedrich Merz zum Nato-Gipfel in Den Haag gereist. Dort hat er das Ziel der Nato-Mitgliedstaaten, 5 Prozent ihrer Bruttoinlandsprodukte für Verteidigung und Sicherheitsarchitektur zu investieren, bestätigt. Die Bundeswehr wird in Verteidigung und Sicherheitsarchitektur investiert und die Entwicklungszusammenarbeit muss sich dem unterordnen. Was bedeutet das für die Bundeshauptstadt 2025? Was bedeutet das für die Entwicklungszusammenarbeit?

Zur Veranstaltung

Humanitäre Hilfe in der Krise

Deutschlands Rückzug ist falsch! Fragen für Menschen in Not

Die humanitäre Lage ist weltweit dramatisch. 2025 sind rund 305 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das sind 50 Millionen mehr als im Vorjahr. Trotzdem bleibt Deutschland weiterhin hinter seinen Versprechungen zurück. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Ausgaben für humanitäre Hilfe bis 2027 um 40 Prozent zu kürzen. Das bedeutet: Weniger Nahrung, weniger medizinische Versorgung, weniger Schutz für die Menschen in den Krisenregionen. Die Bundesregierung verantwortet mit ihrer Entscheidung, dass Menschen in Not ihre Lebensgrundlagen verlieren, dass Kinder unterernährt bleiben, dass Gewalt eskaliert und dass Konflikte weiter eskalieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Entscheidung zu revidieren und die Kürzungen zurückzunehmen. Wir appellieren an die Bundestagsabgeordneten, sich für eine humanitäre Hilfe einzusetzen, die den Menschen in Not gerecht wird. Wir appellieren an die Zivilgesellschaft, sich für eine humanitäre Hilfe einzusetzen, die den Menschen in Not gerecht wird. Wir appellieren an die Medien, die Lage der Menschen in Not zu thematisieren und die Bundesregierung zu kritisieren.

Zur Petition

Gemeinsamer Appell an die Bundesregierung: Kürzungen stoppen

Humanitäre Hilfe leistet Ihr in aller Welt. Wir appellieren an die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe nicht weiter zu kürzen. Wir appellieren an die Bundestagsabgeordneten, sich für eine humanitäre Hilfe einzusetzen, die den Menschen in Not gerecht wird. Wir appellieren an die Zivilgesellschaft, sich für eine humanitäre Hilfe einzusetzen, die den Menschen in Not gerecht wird. Wir appellieren an die Medien, die Lage der Menschen in Not zu thematisieren und die Bundesregierung zu kritisieren.

Zur Petition

Ansprechpartner innen:
Ana Marques, Geschäftsführer, +49 (0)30 47598-0, marques@venro.org
Jonas Wiedemann, Referent, +49 (0)30 47598-0, wiedemann@venro.org

Zerschlagung von USAID

Mit der Zerschlagung der US-Entwicklungsagentur USAID wird die Trump-Regierung ab sofort die weltweite Entwicklungshilfe der Vereinigten Staaten in Frage stellen. Die Entwicklungsarbeit wird nicht mehr unabhängig von der Außenpolitik der Regierung sein. Das Ziel ist, die Entwicklungshilfe in den Dienst der US-Außenpolitik zu stellen. Das bedeutet, dass Entwicklungsprojekte nicht mehr nach ihrer Wirksamkeit, sondern nach ihrem Nutzen für die US-Interessen bewertet werden. Die Auswirkungen dieser Entscheidung sind weitreichend. Millionen von Menschen, die auf lebensrettende Hilfe angewiesen sind, werden ihre Lebensgrundlage verlieren. Die Zerschlagung von USAID wird zu einem Rückgang der globalen Entwicklungshilfe führen. Es ist ein Rückschritt für die Bemühungen, die Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Die Auswirkungen werden sich auch auf UNE und Global Citizen Schulen an den Bundesregierung auf die Entwicklungsarbeit auf die Zivilgesellschaft auswirken. Es ist wichtig, dass wir uns für eine gerechte und nachhaltige Entwicklungspolitik einsetzen.

Zur Petition

Entwicklungsland Deutschland

Richtung statt Richtung
Publikation von Dr. Ambrosius Kimaro in Bonn

Zur Publikation

Empfehlungen für eine neue Nord-Süd-Partnerschaft

Zur Publikation

Entwicklungspolitische Interdiskurse: Globale Verantwortung legitimieren?

Zur Veranstaltung

Die Beiträgungen zur Lieferung von Hilfsgütern in Gaza und Westjordanland

Zur Veranstaltung

LOCALlance: A Call for Transformative Shift in Humanitarian Aid

Zur Veranstaltung

Gender in der deutschen humanitären Hilfe: Ein Mainstream mit vielen offenen Fragen

Zur Veranstaltung

Der zweite Weltsozialgipfel: Chancen für eine globale gerechte soziale Entwicklung

Zur Veranstaltung

Feministische Prinzipien sind in der Wirksamkeitsdebatte angekommen

Zur Veranstaltung

Compromiso de Sevilla: Eine verpasste Chance für mehr globale Gerechtigkeit

Das globale System der Entwicklungsfinanzierung ist fragmentiert, ungerecht und reformbedürftig. Die Vereinten Nationen haben am 30. Juni 2025 in Sevilla, Spanien, eine Reform des Systems angestoßen. Das Ergebnis ist der Compromiso de Sevilla, der jedoch weit hinter anderen Reformvorschlägen zurückbleibt. Mehr jetzt! Mehr Gerechtigkeit! Mehr Effizienz! Die Vereinten Nationen haben am 30. Juni 2025 in Sevilla, Spanien, eine Reform des globalen Systems der Entwicklungsfinanzierung angestoßen. Das Ergebnis ist der Compromiso de Sevilla, der jedoch weit hinter anderen Reformvorschlägen zurückbleibt.

Global Disability Summit: Vorrang für Behindertenrechte

Beginnt mit Blick auf den Global Disability Summit 2025 in Berlin, Deutschland, die Bundesregierung, die Rechte von Menschen mit Behinderungen in ihrer Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Wenn das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Behinderungs- „Kopf" ist, dann muss Angela Christ, Beauftragte der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen, „Kopf" und Herz der Entwicklungspolitik sein. Wenn das BMZ